

Verantwortliche Redakteure.
 Für den politischen Theil:
 G. Foulke,
 Für den literarischen und Vermischten:
 J. Steinbach,
 Für den übrigen redakt. Theil:
 H. Schmiedehaus,
 Hauptsächlich in Posen.
 Verantwortlich für den
 Inseratentheil:
 J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 732

Montag, 20. Oktober.

1890

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Posen. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schlagzeilige Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bezugsloser Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Inserate
 werden angenommen
 in Posen bei der Expedition
 Zeitung, Wilhelmstraße 17,
 ferner bei Hn. Dr. Schick, Hof-
 Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke.
 Otto Rieckhoff, in Strma
 J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
 in Gnesen bei H. Schrapenski,
 in Meseritz bei H. Matthes,
 in Wreschen bei J. Juchacz
 u. b. d. Inserat-Annahmestellen
 von G. L. Paule & Co.,
 Haasenklein & Fogler, Rudolf Hoff,
 und „Zwischendank.“

Politische Uebersicht.

Posen, 20. Oktober.

Im Widerspruch mit der gestrigen Meldung der „Vib. Corr.“ wird jetzt behauptet, daß der Landtag erst gegen Mitte November zusammentreten werde. Anscheinend hängt diese Verzögerung der Berufung mit der Absicht zusammen, dem Abgeordnetenhaus sofort beim Beginn der Session außer der Landgemeindeordnung die drei in Vorbereitung begriffenen Steuergeetze: Einkommensteuer, Gewerbesteuer und Erbschaftsteuer, die auf einem einheitlichen Plan beruhen, vorzulegen. Auch das Gesetz über die Verhältnisse der Volksschule wird bis zum Beginn der Session fertig gestellt sein.

Wie zuverlässig verlautet, wird der Gesetzentwurf, betreffend die Verhältnisse der Volksschule, welchen der „Reichsanzeiger“ vor einigen Monaten in Aussicht stellte, sich nicht darauf beschränken, nur die äußerlichen Verhältnisse der Volksschule zu regeln, sondern darauf gerichtet sein, die in Artikel 23—25 der Verfassung aufgestellten Grundsätze für die Errichtung u. s. w. der Volksschulen nach allen Seiten durchzuführen. Schon daraus ergibt sich, daß eine Verstaatlichung der Volksschule, von der hier und da die Rede gewesen ist, nicht in Frage kommt. Selbstverständlich soll die Staatsaufsicht, wie solche durch den Artikel 23 der Verfassung festgestellt ist, bestehen bleiben. Auf der anderen Seite aber würde die Vorlage dem Einfluß der Gemeinden auf die Volksschule nach Maßgabe der Verfassung Rechnung tragen. Vorausgesetzt ist dabei freilich, daß durch das Gesetz, betreffend die Landgemeindeordnung, auch in den östlichen Provinzen leistungsfähige Gemeinden oder Gemeindeverbände geschaffen werden, denen die Fürsorge für die Volksschule, im Falle des Bedürfnisses, unter endgültig festgestellter Beihilfe des Staats übertragen werden kann. Wenn so, den Vorschriften der Verfassung entsprechend, die Rechte der Gemeinden gegenüber der Volksschule anerkannt und gesetzlich sicher gestellt werden, so werden die Gemeinden sich auch wieder ihrer Pflichten bewußt werden. Der Umstand, daß bisher die Gemeinden in den meisten Fällen auf das Belieben der Regierung angewiesen waren, hat wohl am meisten dazu beigetragen, das Interesse an der Volksschule abzuschwächen und den Wunsch hervorgerufen, daß der Staat, dessen Hand überall in das Schulwesen eingriff, auch die Lasten für dasselbe übernehmen möge.

Der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1891/92 soll, wie nunmehr feststeht dem Reichstage gleich bei seinem Wiederzusammentreten am 18. November zugehen. Es wird bestätigt, so schreibt die „R. Ztg.“, daß im Vergleich zu dem vorjährigen Etat die Forderungen zu Heereszwecken um etwa 23 bis 24 Millionen höher angesetzt sein werden; der Mehrbetrag beruht aber nicht auf größeren Neueinrichtungen, sondern erklärt sich im wesentlichen daraus, daß einestheils die diesjährige Heeresvermehrung im laufenden Reichshaushalt nur für das zweite Halbjahr vom 1. Oktober ab berechnet ist, während in den künftigen Etats diese Summe natürlich verdoppelt wird, und daß andererseits in Folge der Einführung des rauchschwachen Pulvers höhere, angeblich etwa 6 Millionen Mark betragende Ausgaben für die Neuanschaffungen und die Schießübungen erwachsen. Im übrigen soll auch beim Militäretat mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage die Einsparung aller Ausgaben mit thunlichster Sparsamkeit erfolgt sein.

Ein entscheidender Schritt gegen die immer drückender werdende Viehsperre ist jetzt innerhalb des Bundesraths selbst geschehen. Die sächsische Regierung hat beantragt: die Einfuhr lebenden Rindviehes aus Oesterreich-Ungarn nach den größeren, polizeilicher Beaufsichtigung unterstellten Schlachthöfen unter der Bedingung zu gestatten, daß die Thiere an der Grenze mit Ursprungs- und Gesundheitszeugnissen versehen sein müssen; beim Eintritt in das deutsche Gebiet soll das Vieh durch besidete Thierärzte untersucht und ohne Umladung bis zu seinem Bestimmungsorte mit der Eisenbahn überführt, daselbst alsbald geschlachtet, bis dahin aber von anderem Vieh getrennt gehalten werden und aus dem Schlachthofe nicht lebend entfernt werden dürfen. In der Begründung wird betont, die bestehende Fleischtheuerung laste mit einem schwer empfindenen Drucke auf der Bevölkerung. Neuerdings trete zu den Klagen darüber sogar die Klage über die hohen Preise lebenden Viehes aus landwirthschaftlichen Kreisen. Ueber die Ursachen der bis in die neueste Zeit fortgesetzten Preissteigerung des Fleisches werde zwar noch vielfach gestritten. Daß aber die bestehenden Vieheinfuhrverbote mit dazu beigetragen haben, dürfte sich kaum in Abrede stellen lassen. Dann heißt es:

Durch bedingungsweise Wiedergestattung der Einfuhr von Schlachtwie aus Oesterreich-Ungarn dürfte eine Verbilligung des jetzigen Zustandes verhindert, wahrscheinlich auch eine Besserung, ein Sinken der außerordentlich hohen Fleischpreise herbeigeführt werden. Einiges ist in dieser Richtung geschehen, indem die Einfuhr von Schweinen aus Oesterreich nach größeren Schlachthöfen Deutschlands unter den nöthigen veterinärpolizeilichen Vorschriften geregelt worden ist. Dies ist zwar nicht wirkungslos gewesen, hat aber noch nicht ausgereicht, um die Besserung der Bevölkerung Deutschlands mit Fleischnahrung zu mäßigen Preisen herbeizuführen. Es erhebt sich hierzu die Frage, daß in ähnlicher Weise auch die Einfuhr lebender Rinder aus Oesterreich wieder gestattet wird. Das in dieser Beziehung bestehende Verbot beruht auf dem Bundesrathsbeschlusse vom 27. Juni 1879 und ist zum Schutze gegen die Einschleppung der Rinderpest erlassen. In dieser Beziehung besteht nun aber Oesterreich-Ungarn gegenüber eine nahe Gefahr zur Zeit nicht mehr, zumal bekanntlich in Oesterreich und Ungarn die Maßregeln zum Schutze gegen Seuchen neuerdings zweckmäßiger geworden sind und zwecklicher gehandhabt werden.

Petitionen um Aufhebung der Sperre sind ja in letzter Zeit immer häufiger erlassen worden. So haben sich namentlich die Vertreter vieler Städte dieserhalb an den Minister gewandt. Daß nun aber auch Regierungskreise dieser Erkenntniß sich nicht mehr verschließen, ist außerordentlich erfreulich und berechtigt zu den besten Hoffnungen; denn die Initiative der sächsischen Regierung wird doch wohl ausreichende Unterstützung finden, um die schnelle Annahme des Antrages zu ermöglichen.

Im Petersburger „Wjestnik Evropy“ („Europäischer Bot“) findet sich ein bemerkenswerther Artikel, in welchem der Gedanke einer russisch-französischen Allianz verworfen und die Nothwendigkeit einer „engen Freundschaft“ zwischen Rußland und Deutschland nachgewiesen wird. Ein russisch-französisches Bündniß, meint das liberale Petersburger Journal, sei nicht nur unmöglich, sondern geradezu gefährlich. Diese Allianz werde niemals verwirklicht werden, weil sie nur aggressive Zwecke verfolgen könne. Die Franzosen betrachten dieses Bündniß nur als Mittel zur Erreichung ihrer Heerandzwecke. Die vielbesprochenen Sympathien Frankreichs für Rußland bezeichnet der „Europäische Bot“ als reine Gaulelei. Die Franzosen hätten nie aufgehört, Rußland als ein wildes, barbarisches Land zu betrachten und wollten die Freundschaft Rußlands nur für ihre Pläne gewinnen. Endlich seien die Franzosen auch keineswegs gesonnen, die Politik Rußlands im Orient zu unterstützen. Dagegen werde Niemand bestreiten können, daß eine enge Freundschaft Rußlands zu Deutschland für das Erstere von großem Werthe sei.

Die Enthüllungen über Boulanger werden nunmehr von Paris aus fortgesetzt. Der neueste Artikel berichtet über eine in London stattgehabte Zusammenkunft des Grafen von Paris mit Boulanger und über die finanzielle Lage der boulangistischen Partei. Bei Eröffnung der allgemeinen Wahlen sei die boulangistische Kasse leer gewesen, die Wahlfonds der Monarchisten hätten 5 Millionen Francs betragen, wovon 2 1/2 Millionen durch den Grafen von Paris beigesteuert waren. Von dieser Summe seien 1 300 000 Francs für boulangistische Kandidaten bestimmt gewesen. — Auch diese Angaben thun wieder dar, daß Boulanger nichts als der Agent der Monarchisten gewesen ist, der unter dem Deckmantel einer beabsichtigten Reform der Republik die Geschäfte der Monarchie besorgt hat.

Ein Ausstand der Geistlichkeit, leere, geschlossene Kirchen, Kulturkampf zwischen Kirche und Staat, das sind die neuesten Nachrichten, welche vom Goldenen Horn kommen. Wir haben jüngst gemeldet, an einem Tage seien in Konstantinopel und im ganzen türkischen Reich die Kirchen auf Anordnung des ökumenischen Patriarchen geschlossen geblieben; nunmehr wird jene Mittheilung durch die Versicherung ergänzt, dieser Zustand solle „bis auf Weiteres“ andauern, nämlich bis die Pforte in ihrem Streite mit dem Patriarchen nachgibt. Man erlebt somit heute eine neue Art Interdikt, wenn auch nur „hinten weit in der Türkei“. Der Anlaß zu dieser Maßregel ist ohne Zweifel die Ernennung der bulgarischen Bischöfe in Mazedonien. Der im Jahre 1886 erwählte Patriarch Dionysius V. erhob gegen diese von der Pforte auf lebhaftes Verlangen der bulgarischen Regierung verfügte Maßregel Einspruch, ganz in Uebereinstimmung mit der Haltung Rußlands. Als die Pforte den Einspruch unbeachtet ließ, forderte der Patriarch seine Entlassung. Die türkische Regierung bemühte sich, ihn zur Zurücknahme des Entlassungsgesuches zu bewegen, und stellte ihm die Überleitung über die griechischen Schulen sowie die griechischen Geistlichen in Mazedonien in Aussicht, falls er die Ernennung der bulgarischen Bischöfe anerkenne. Es schien auch, als solle auf dieser Grundlage ein Ausgleich erfolgen. Benutzte man deren englische Blätter, der Patriarch habe in die Zurückziehung seines Ent-

lassungsgesuches unter der Bedingung gewilligt, daß die Pforte sich verpflichte, keine weitere Ernennung bulgarischer Bischöfe in Mazedonien ohne vorherige Verständigung mit dem Patriarchen vorzunehmen. Ob nun die ganze Nachricht unbegründet oder die Pforte abgeneigt war, auf diese Bedingung einzugehen, jedenfalls ist inzwischen die Kirchensperre erfolgt, ein Ereigniß, als dessen letzten Urheber man in Konstantinopel nicht sowohl den Patriarchen als vielmehr Rußland ansehen wird. Ein Bericht aus der türkischen Hauptstadt besagt, die Pforte habe einige Forderungen der Patriarchen angenommen, andere abgelehnt und in diplomatischen Kreisen sei man der Ansicht, die Antwort der Pforte biete eine geeignete Grundlage für einen Ausgleich, insofern auch seitens des Patriarchen der gute Wille zur Beilegung des Streits anzunehmen sei. Die Kirchensperre spricht indessen nicht für diesen guten Willen. Unwillkürlich denkt man vielmehr der Thatsache, daß regelmäßig, wenn Rußland Handel mit der Pforte suchte, die Frage der Stellung der griechischen Geistlichkeit aufgeworfen wurde, um den russischen Einmischungsversuchen als Vorwand zu dienen. Schlimmer als die Lage des Patriarchen ist jedenfalls diejenige der Pforte, die sich Rußland und Bulgarien wie einer Zwischmühle gegenüber sieht.

Deutschland.

Berlin, 19. Oktober.

— Der „Reichsanz.“ schreibt im nichtamtlichen Theil: „An die Kaiserin Friedrich ist von vielen Personen, welche das Andenken des unvergesslichen Kaisers Friedrich am Sarge desselben feiern möchten, die Bitte gerichtet worden, Zutritt zu dem Mausoleum bei der Friedenskirche zu Potsdam zu gewähren. Die Kaiserin Friedrich ist tief gerührt über die bei diesem Anlaß hervorgetretenen Zeichen der Anhänglichkeit und Verehrung für den hohen Entschlafenen; sie hegt keinen heftigeren Wunsch, als diese Gefühle zu pflegen und zu erhalten. Für jetzt ist es jedoch nicht möglich, den Besuch des Mausoleums zu gestatten, weil noch Arbeiten in demselben ausgeführt werden müssen. Sobald diese aber zum Abschluß gediehen sind, wird die Stätte, wo Kaiser Friedrichs sterbliche Hülle ruht, den weitesten Kreisen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.“

— In der mitunter von Professoren der Zener Universität benutzten „Zenaischen Zeitung“, welche sich selbst als Amtsblatt bezeichnet, finden sich folgende Auslassungen, deren Verantwortung dem genannten Blatte überlassen bleiben muß: Vor kurzer Zeit wurde uns die seltsame Mittheilung gemacht, daß die Personen, welche in Neval am Sarge zu den Tribünen nachgeschickt hatten, um den deutschen Kaiser bei seiner Landung in Rußland zu begrüßen, einen Hebers unterschreiben mußten, durch den sie sich verpflichteten, den Kaiser nicht mit Hurrahrufen zu begrüßen. Obwohl die Mittheilung von einem in Rußland anlässigen Herrn gemacht wurde, welcher laut seiner Angabe selbst einen derartigen Schein hatte unterschreiben müssen, nahmen wir doch von der Veröffentlichung der Mittheilung Abstand, weil wir trotz der Kenntniß, daß man russischerseits kühl bis ans Herz hinan, wenn nicht gar in feindseliger Stimmung der Ankunft unseres Kaisers entgegen sah, anzunehmen geneigt waren, es liege irgend ein Mißverständnis vor. Nunmehr wird uns die Angabe unseres Gewährsmannes von anderer Seite durch folgende Mittheilung bestätigt: „Bei dem Empfang unseres Kaisers in Neval sind, wie ich von Augenzeugen erfahren, unglaubliche Dinge vorgefallen. Die Inhaber von Tribünenbilletts haben sich verpflichtet müssen, nicht Hurrah zu rufen und ist der Empfang daher sehr still gewesen. Das Gepäc des Kaisers ist viermal aus- und eingeladen worden und haben es die Zollbeamten partout revidiren wollen. Erst in Folge Einschreitens des Großfürsten Vladimir wurde es freigelassen.“ Es folgt dann noch eine Bemerkung, wie sehr es die Evangelischen in den Ostseeprovinzen niederdrückte, daß Kaiser Wilhelm die evangelische Kirche in Narwa, wo Alles zu seinem Empfang bereit war, nicht besuchte. — Die Mittheilungen sind uns von einer Seite zugegangen, deren Glaubwürdigkeit nicht angetastet werden kann. Sie werden diejenigen Kreise, welche der Ueberzeugung waren, daß der Kaiser nicht den besten Rath empfing, als er angeregt wurde, nach Rußland zu reisen, in dieser Ueberzeugung noch bestärken.

Diese äußerst seltsam klingenden Mittheilungen werden mit solcher Sicherheit wiedergegeben, daß man sie nicht unbeachtet lassen kann. Es bleibt abzuwarten, in wie weit sie Bestätigung finden werden.

— Reichskommissar Major v. Wismann, dessen demnächst bevorstehende Abreise nach Ostafrika bereits gemeldet worden ist, soll der „Rhein.-Westf. Ztg.“ zufolge voraussichtlich zum Gouverneur des Gebietes der großen ostafrikanischen Binnenseen ernannt werden, während Herr v. Soden wahrscheinlich Gouverneur der ostafrikanischen Küste mit dem dazu gehörigen Hinterlande wird. Ob der Versuch, auf diese Weise die Schwierigkeiten zu lösen, welche einem Zusammenarbeiten der beiden Kommissare im Wege stehen, erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten. Premierlieutenant v. Gravenreuth erwartet eine Beschäftigung im Aus-

wärtigen Amte und kommt darauf möglicherweise nach Südwestafrika an Stelle von Göhring.

Die Sonderkommission zur Feststellung einer Militärstrafprozessordnung wird, der „Schles. Ztg.“ zufolge, am Montag wieder zusammentreten. Die Kommission hatte sich vertragen, um einer Subkommission Zeit zur Ausarbeitung eines bezüglichen Gesetzesentwurfs zu geben, in dessen Verathung nunmehr das Plenum eintreten wird.

Aus einer Veröffentlichung der Magdeburger Privatbank ergibt sich, daß den preussischen Privatbanken das Recht zur Ausgabe von Banknoten beim Ablauf der bezüglichen Privilegien, soweit sie dieses Recht noch besitzen, nicht erneuert werden soll. Auf eine Vorstellung der Magdeburger Privatbank gegen die Entscheidung, wonach sie über den 1. Januar 1891 hinaus keine Banknoten in Umlauf halten darf, ist nämlich der Bescheid ergangen, es würden derartige Privilegien nicht weiter verlängert; es werde allen preussischen Notenbanken gegenüber bei Ablauf ihrer Notenprivilegien grundsätzlich diese Wegnahme zur Durchführung gebracht werden. Die „National-Zeitung“ begleitete diese Mittheilung mit folgenden Bemerkungen:

In gleicher Lage, wie die Magdeburger, befindet sich zunächst die Danziger, die Posener und die Breslauer Bank. Bekanntlich wächst nach dem Ablauf des Betrag der Noten, welchen Privatbanken nicht weiter ausgeben, der Summe der von der Reichsbank zu emittierenden Noten zu. Insofern man durch die Nichterneuerung des Notenprivilegs der preussischen Privatbanken dem Ziele der einheitlichen deutschen Banknote näher kommt, ist jener Entschluß der preussischen Ressortminister nur zu billigen; es ist aber zu wünschen, daß die anderen Bundesstaaten ebenso verfahren; die bayerischen, sächsischen u. s. w. Banknoten sind nicht berechtigt, als die Magdeburger, Posener, Danziger und Breslauer.

Selbst die „Münchener Allgemeine Zeitung“ wies diesen ganz falschen, lediglich unitarischen Tendenzen entsprungenen Vergleich zurück, worauf die „National-Zeitung“ von fränkischem Föderalismus und Zimperlichkeit sprach. In Süddeutschland wird man sich derartige nationalliberale Gefühls-ergüsse sicherlich merken.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben: Wenn in der Presse die Behauptung auftritt, daß aus Anlaß der durch den Nachtragsetat in Preußen bewilligten Gehaltszulagen gegen die Bestimmung des Etats diejenigen Funktionszulagen, welche mit der Aufsicht über eine Anzahl Beamten der gleichen Kategorie betraute Beamten, wie Notenmeister u. dergl. in dieser ihrer Stellung zum Lohn u. s. w. Form eines höheren Gehalts beziehen, fortgesetzt werden sollen, so wird übersehen, daß bei der durch den Nachtragsetat bewirkten Neuorganisation der Gehälter der betreffenden Beamtenklassen ausdrücklich die pensionsfähigen Funktionszulagen beibehalten sind. Jene Beamten rangieren demnach, was das Gehalt betrifft, fortan mit den Beamten gleicher Kategorie, erhalten aber eine Stellenzulage aus der zu diesem Ende in dem Nachtragsetat ausgetragenen Baushumme. Die betreffende Summe ist der Staatsregierung bekanntlich aus dem Grunde in Baush und Bogen zur Verfügung gestellt, weil bei Feststellung des Nachtragsetats nur die allgemeinen Grundsätze für alle Verwendungen, nicht aber die Einzelheiten der letzteren feststünden. Es war daher in den einzelnen Verwaltungszweigen wie in der Finanzverwaltung noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten, bevor die Ausschüttung jenes Etatsfonds erfolgen konnte. Inzwischen sind diese Arbeiten seit einiger Zeit zum Abschluß gelangt und dürfen die mit Dienstzulagen zu bedenkenden Beamten, soweit dies nicht schon der Fall ist, in nächster Zeit in den Genuß derselben treten. Nachdem die Gehaltszulagen auf Grund des Nachtragsetats und die Verwendung der Baushumme zur Erhöhung der diätarischen Bezüge längst durchgeführt ist, sind mit der Verteilung des Fonds für Dienstzulagen die sämtlichen durch den Nachtragsetat zur Aufbesserung der unteren und mittleren Beamten vorgesehenen Maßregeln zur Durchführung gelangt.

Eine Flucht aus Sibirien.

In London ist ein russischer Flüchtling nach mannigfachen Verfahrten aus Sibirien eingetroffen und er hat einem Mitarbeiter der „Times“ interessante Mittheilungen über seine Erlebnisse gemacht. Dieser Flüchtling heißt Felix Wolkowski. In Folge der grausamen Behandlung, welche ihm in den russischen Gefängnissen zu Theil geworden ist, und der elfjährigen Verbannung in Sibirien ist seine Gesundheit völlig gebrochen; sein Haar ist weiß und seine Stirn runzlig. Wir entnehmen der Darstellung der „Times“ Folgendes:

Wolkowski ist dreimal ins Gefängniß geworfen worden und er hat etwa 9 Jahre in Einzelhaft und 11 Jahre in der Verbannung zugebracht. Zum ersten Male wurde er verhaftet, als er auf der Moskauer Universität im Jahre 1868 seine Studien abzuschließen im Begriffe war. Ohne daß man ihm mittheilte, wessen er angeklagt war, brachte man ihn nach Petersburg in das Gefängniß der Geheimpolizei, wo er sieben Monate in Einzelhaft gehalten wurde, während welcher Zeit die Polizei Nachforschungen anstellte. Später hörte er, daß die Ursache seiner Verhaftung ein Brief gewesen sei, welchen ihm ein Freund geschickt hatte und aus welchem die Polizei glaubte schließen zu können, daß er einer geheimen Gesellschaft angehöre. Eine solche bestand aber nicht und die Polizei mußte ihn schließlich freilassen und nach Moskau zurücksenden. Dort wollte man ihn aber, obgleich er das juristische Examen bestanden hatte, kein Diplom ausstellen, weil er „verdächtig“ war. Ohne Diplom aber konnte er nichts thun. Ein Jahr darauf wurde Netschajew's Verschwörung entdeckt und Wolkowski wurde sofort wieder verhaftet, weil man sich einbildete, daß Wolkowski, welcher sich für Politik interessirte, in die Verschwörung verwickelt sei. Nachdem er in Petersburg von dem Senator Tschernomirsk verhört worden war, blieb er drei Jahre in Einzelhaft in der Peter Paul's Festung. Die Zelle war sehr klein, kalt und schlecht beleuchtet, aber im Allgemeinen war die Lage der Gefangenen damals noch viel besser als jetzt. Nach dreieinhalb Jahren wurde er mit 80 Anderen vor Gericht gestellt und nach zweimonatlicher Verhandlung wieder freigelassen.

Wolkowski zog dann zuerst nach Stavropol im Kaukasus und dann nach Odessa, wo er die Stellung eines Hauptschreibers

Danzig, 18. Oktober. Die Stadtverordneten-Versammlung hat heute auf Vorschlag des Wahlausschusses mit allen 46 gültigen Stimmen den Landrath Dr. Baumbach in Danzig zum ersten Bürgermeister von Danzig gewählt.

Breslau, 18. Okt. Bei der heute vollzogenen Erziehung eines Abgeordneten zum preussischen Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis 3 Potsdam (Breslau, Angermünde) an Stelle des verstorbenen Abgeordneten v. Sebell-Malchow wurde Regierungsrath v. Busch (Breslau) gewählt.

Dresden, 18. Okt. Die Einfuhr lebender Schweine aus Oesterreich-Ungarn ist, ebenso wie nach Dresden, Leipzig, Chemnitz und Jütow, von jetzt an bis auf Weiteres auch nach den Städten Bismarck, Meissen, Meran, Frankenberg und Döbeln unter gewissen Bedingungen gestattet.

Kongress der Sozialdemokraten Deutschlands.

Fünfter Tag.

(Nachdruck verboten.)

h. i. Halle, den 17. Oktober.

Den ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildete: „Die Parteipresse“. Der Referent, Abg. Auer (Berlin), äußerte sich etwa folgendermaßen: Es handle sich hier hauptsächlich um die Parteipresse, da in dieser Beziehung noch etwas verwerfliches anzusehen herrsche; dies beweise u. A. der Antrag einiger Genossen zur Guben, wonach die Expropriation der gesamten Parteipresse verlangt werde. Dieser Antrag sei einfach unannehmbar. Die Parteipresse müsse getragen werden von den Orten, für die sie bestimmt sei. (Rufe: Sehr richtig!) Daß die Parteipresse sich im Rahmen der Partei und der Grundsätze der Gesamtpartei halten müsse, sei selbstverständlich. Es müsse ihr aber überlassen bleiben, in welcher Weise sie in diesem Rahmen, den lokalen Verhältnissen entsprechend, die Prinzipien der Partei zum Ausdruck bringen wolle. Er erhebe, folgender Resolution zuzustimmen: „Der Parteitag beschließt: In Erwägung, daß die Presse das beste und wirksamste Kampfmittel ist, in weiterer Erwägung, daß unsere Parteipresse dieser ihrer Aufgabe nur entsprechen kann, wenn ihre Existenz genügend gesichert ist, und jeder maßgebende, nicht parteigenössische Einfluß von ihr ferngehalten wird, beschließt der Parteitag: daß die Genossen überall neben der Agitation für die Verbreitung des Zentralorgans und der nichtperiodischen Parteiliteratur sich vor Allem die Unterhaltung und Verbreitung unserer bereits existierenden Parteipresse angelegen sein lassen; daß sie ferner überall darauf achten, daß unsere Presse nicht Gegenstand von Privatpekulationen werde, die mit dem Parteizweck nichts zu thun haben, daß die erste und oberste Aufgabe unserer Presse, die Arbeiterklasse aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, nicht unter Rücksicht auf irgend welche Interessen leide. Insbesondere empfiehlt der Parteitag den Genossen, bei der Gründung von neuen Parteiblättern mögliche Vortheile zu lassen und solche Unternehmungen unter besten Umständen zu gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, daß die Möglichkeit für die Erzielung des Unterzwecks aus eigenen Mitteln gegeben und daß vor Allem auch die notwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind.“

In der Diskussion nahm zunächst das Wort Frau Steinbach (Hamburg): Sie erhebe, auch bezüglich der vorliegenden Frage, das Prinzip der Gleichberechtigung wahren zu lassen. Sie werde dabei keineswegs von blaustrümpferischen Ideen geleitet. Allein sie müsse die Nothwendigkeit, daß die Frauen eine größere Vertretung als bisher in der Parteipresse erhalten, verlangen. Leider werde selbst von Genossen alles, was von Frauen angestrebt werde, in einen Topf geworfen. So habe u. A. der Redakteur des „Hamburger Echo“ geäußert: Neben den Strife-Komödien der Männer, die in diesem Sommer stattfanden, hat nun auch noch Frau Steinbach einen Mütterinnen-Strife in Szene gesetzt.“ Dies sei vollständig unwahr. Sie habe allerdings einen Fachverein gegründet; daß gleich nach dieser Gründung die Mütterinnen, um ihre traurige soziale Lage aufzuheben, die Arbeit niederlegten, habe in den Verhältnissen gelegen, sie sei an diesem Strife vollständig unschuldig. Die Genossinnen haben doch gleich den Genossen

ein Stück weißes Papier“, d. h. die sachliche Wiedergabe der in den Versammlungen gemachten Ausführungen in der Parteipresse zu verlangen. Wenn das Papier nicht ausreiche, dann gebe es ja noch Lumpen, d. h. Papier genug. (Lebhafter Beifall.)

In der weiteren Debatte bemerkte Heinrich (Altona): Er müsse das Verhalten des von dem Regierungsbaumeister a. D. Kehler, der in seinem in Braunschweig erscheinenden „Vereinsblatt“, die Hamburger Gewerkschaftsführer und den Abg. Frohme in ganz unqualifizierbarer Weise angegriffen habe, rügen. Es sei bedauerlich, daß Leute, die sich bei anderen Parteien und in der Öffentlichkeit überhaupt abgewirhter haben, bei der Sozialdemokratie einen Unterschlupf suchen. Man könnte sich das noch gefallen lassen, wenn diese Leute sich wenigstens anständig verhielten. Der Vorsitzende, Abgeordnete Singer forderte den Kehler auf, alle persönlichen Beleidigungen zu unterlassen. — Schweer (Hamburg) äußerte sich im Sinne des Vorredners und wurde ebenfalls vom Vorsitzenden zur Sache verwiesen. Es wurde nun sofort beschlossen: die Angelegenheit Kehler, Frohme u. einem Schiedsgericht zu überweisen. — Gottschalk (Hamburg) trat ganz besonders gegen Frau Steinbach auf. Die Frauen begnügen sich eben nicht mit einem Blatte, das die Parteinteressen vertritt, sondern verlangen ein Kaffeeklatschblatt. (Lebhafter Widerspruch.)

Nach noch längerer Debatte bemerkte Abg. Auer: „Er erlaube die Frauen, nichts Alles gleich so tragisch zu nehmen und nicht immer zu glauben, daß die Genossen der Frauenbewegung entgegenarbeiten. Wie Liebknecht schon angeführt, gebe es keine eigentliche Frauenfrage, letztere sei nur ein Theil der allgemeinen sozialen Frage. Der Antrag der Gubener Genossen, daß die gesamte Parteipresse Eigentum der Partei sei, wurde abgelehnt, dagegen der Antrag Auer, sowie ein weiterer Antrag: daß die Parteipresse Inserate über Lotterien und andere Dinge unsittlicher Art nicht aufnehmen dürfe, einstimmig angenommen. Während der Schlussrede Auer's fiel der Delegirte für den dritten Hamburger Wahlkreis, Brothändler Baumgarten (Hamburg), der schon am Morgen über Kopfschmerzen klagte, in Ohnmacht. Er wurde sofort von Genossen aus dem Saale getragen. Drei Ärzte, Delegirte und Redakteur der „Wiener Arbeiter-Zeitung“, Dr. Viktor Adler (Wien), der zufällig hier anwesende Dr. Radel aus Berlin und ein hiesiger Arzt leisteten dem Ohnmächtigen sofort Hilfe, er starb jedoch nach wenigen Minuten. — Der Vorsitzende, Abgeordnete Singer, theilte diesen Vorfall dem Kongress mit, wählte dem Verstorbenen einen längeren Nachruf und ersuchte die Delegirten, sich zum Zeichen des Beileids und der Hochachtung von ihren Plätzen zu erheben. (Dies geschah.) Singer bemerkte alsdann, daß es nicht anständig sei, angesichts dieses traurigen Vorfalls weiteres zu verhandeln, er vertage daher (gegen 11^{1/2} Uhr Vormittags) die Sitzung auf heute Nachmittags 2 Uhr.

lokales.

Posen, den 20. Oktober.

—u. **Schneller Tod.** Gestern Vormittag wollte der erst seit kurzer Zeit in unserer Stadt wohnhafte königliche Hauptmann a. D. Herr Wilhelm Nizdorff aus Klein-Düben nach dem Bahnhof gehen, um der Einladung eines Freundes folgend, diesen zu besuchen. Am der Ecke der Ritter- und St. Martinstraße fiel er plötzlich zur Erde und war auf der Stelle todt; ein Schlaganfall hatte seinem Leben ein jähes Ende gemacht. Die Leiche wurde nach dem städtischen Lazareth geschafft.

—u. **Die humoristischen Sirenen der Leipziger Sänger** erfreuten sich auch vorgestern und gestern eines sehr zahlreichen Beisuches. An beiden Abenden war der Lamberische große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Das Publikum fand wiederum sichtlich Gefallen an den trefflichen Vorträgen. Abends fünf bereits heute Abend die letzte Vorstellung statt.

Angekommene Fremde.

Posen, 20. Oktober.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). — Nittergutsbesitzer Frau Ramm und Tochter aus Charlottenburg b. Bromberg, Domänenpächter Hoffmann und Frau aus Ludow, Regierungs-Messior Köthen aus Berlin, Bankbeamter Gwinzki aus Paris, Fabrikbesitzer Frau Schläpfer aus Polen, die Kaufleute Longe

in der Duma erhielt. Da er jedoch eine theoretische und kritische Propaganda unter den Arbeitern trieb, auch Bücher nach London und Zürich einschmuggelte, so wurde er 1874 wieder verhaftet und nach abermals dreijähriger Einzelhaft in einer unterirdischen dumpfen Zelle mit 198 Anderen vor das von Alexander II. eingesetzte, aus 5 Senatoren bestehende besondere Gericht gestellt und zu lebenslänglicher Verbannung verurtheilt. In Folge der unmenschlichen Behandlung im Gefängnisse waren 5 Angeklagte während des Prozesses gestorben. Einen Monat nach der Verurtheilung erfolgte die Reise nach Sibirien, welche die Verbannten, damals bequemer als jetzt, per Dampfschiff, Wagen und zu Pferde machen durften. Da er aus dem Nord stammte, wurde Wolkowski nicht gefesselt, wie es bei Vielen auf speziellen Befehl des Zars geschieht.

Nach siebenwöchiger Reise wurde Wolkowski nach Tula, einem Dorfe im Gouvernement Tobolsk geschickt und nachdem man ihm mitgetheilt hatte, daß er jederzeit auf einen Besuch der Polizei gefaßt sein müsse und daß er geknebelt werden würde, wenn er aus dem Dorfe hinausgehe, überließ man es ihm, sich zu ernähren, wie er könne. Fünf Jahre lebte er in diesem Dorfe als Anstreicher von Häusern u. s. Die Polizei aber überwachte ihn auf jede Weise. Dann heirathete Wolkowski und erhielt die Erlaubniß nach Tomsk überzufeldeln. Die Reise mußte er mit seiner Frau zu Fuß zurücklegen und legten nach, wahrscheinlich in Folge der Strapazen, nach kurzer Zeit und hinterließ ein Töchterchen. Der Gouverneur von Tomsk war früher Beamter der Moskauer Universität gewesen und die Beziehungen zu demselben gestalteten sich als freundliche. Fünf Jahre lebte Wolkowski in Tomsk und hatte dabei häufig Gelegenheit, die entsetzlichen Zustände in dem dortigen Stappen-Gefängnisse kennen zu lernen, durch welches 20.000 Unglückliche jährlich zwischen Mai und Septbr. nach den schrecklichen Bergwerken von Nerstschinsk, der Insel Sachalin und anderen Orten passiren. Durch Vermittelung des Gouverneurs von Tomsk erhielt Wolkowski einen Paß, welcher ihm gestattete, durch Sibirien zu reisen, um sich Beschäftigung zu verschaffen. Da das Blatt, für welches er hiebei bald unterdrückt wurde und der Gouverneur starb, so fuhr er nach Irkutsk über, wo er sich ebenfalls literarisch beschäftigte, allein die Polizei wies ihn bald, ohne

Angabe eines Grundes, aus. Dasselbe passirte ihm in einem Duzend anderer Städte und Dörfer, denn es schien, als ob die Behörden ihn auf diese Weise ruiniren wollten, da sie ihn nicht auf Grund seiner Strafe in einem der Bergwerke interniren konnten.

In Irkutsk gelang es Wolkowski, sich 600 Mark zu ersparen und mit diesen wanderte er nun in rauhem Wetter über den Sibirischen Cherebet nach Troitskofawsk an der chinesischen Grenze. Er wollte dort ein Jahr bleiben, allein er wurde nach drei Tagen wieder ausgewiesen und nun beschloß er zu fliehen. Nach zweimonatlichem beschwerlichen Marschiren, wobei er soviel als möglich die Dörfer vermied, erreichte er Wladivostok am Stillen Ozean. An Aufregungen hatte es auch auf dieser Tour nicht gefehlt. So war es ihm nur dadurch, daß er fast sein letztes Geld für einen Wagen ausgab, gelungen, das letzte vor Schluß der Saison über den See Hanko fahrende Boot zu erreichen. In Wladivostok spielte Wolkowski sich als sibirischer Händler auf und er ging der Polizei aus dem Wege, da diese sicher nach seinem Paß gefragt und ihn so als Verbannten erkannt hätte. Zufällig befand sich ein englischer Dampfer im Hafen und der Kapitän, welchem Wolkowski seine Lage darlegte, erklärte sich nach längerem Zureden bereit, ihn mit zu nehmen. Mehrere Tage lebte er in größter Angst, daß die Leute, bei denen er in der Stadt wohnte, Argwohn schöpfen und ihn der Polizei überliefern könnten. Schließlich kam er aber doch weg, fuhr zuerst nach Vancouver und nachdem er sich dort etwas Geld erworben hatte, nach Ontario. Dort traf er Kennan, mit welchem er in Tomsk bekannt geworden war. Nun ist der Flüchtling in London eingetroffen und von seinen Landsleuten warm empfangen worden.

Als Wolkowski aus Sibirien flüchtete, blieb seine zehn Jahre alte Tochter dort zurück und man fürchtete, die Regierung werde, wie sie es mit den Kindern verschiedener politischer „Verbrecher“ gethan hat, das Mädchen ergreifen lassen. Nun ist aber auch dieses Kind in Verkleidung aus Sibirien gerettet worden und in London beim Vater eingetroffen. Letzterer hat daher keine Veranlassung mehr, sich wie bisher in Versteck zu halten.

und Frau aus Steglitz, Banerlin aus Berlin, Busse aus Salz-
wedel, Goldstein aus Dessau, Fischer aus Bries, Karst aus Magde-
burg, Cohn aus Wittenberg, Bruch aus Hamburg.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Ritterguts-
besitzer v. Bobeltz aus Rummel, Jäger und Frau aus Witto-
wie, Lieutenant Bebel und Frau aus Jädebo, Amtsrichter Bar-
tolomäus und Frau aus Schmieg, Maurermeister Schulz
und Frau aus Berlin, Kandidat Böckner aus Niepruhschewo, Gewerbe-
Rath Hegermann aus Merseburg, Profurst Ruhmann aus Kro-
toschin, die Rechtsanwälte Kantorowicz aus Köschmin, Zuckermann
aus Forst i. L., Geh. Regierungsrath Geißel und Frau aus Wies-
baden, die Fabrikanten Krieg aus Neusalz, Többen aus Jbber-
büren, die Kaufleute Hurwitz aus Königsberg, Zoesen aus Frau-
launern, Jindler aus Braunschweig, Hoff aus Elberfeld, Wippen,
Görtel, Jischbach und Lazarus aus Berlin, Schneider aus Blauen,
Wielke aus Neusalz, Herwig aus Frankfurt a. M., Beiser aus
Leipzig, Hardt und Jasch aus Köln, Heimendahl aus Krefeld,
Kronke aus Schönheide, Joachimczyk aus Berlin, Fel. Levy aus
Kogasen.

Stern's Hotel de l'Europe. Rittergutsbesitzer Graf Go-
rzenski-Ottorog aus Tarce, Direktor Beuster aus Oppeln, Bau-
rath Lachner aus Saargemünd, Amtsrichter Caspel aus Breslau,
Rentner Chlewsky und Familie aus Russland, Rentiere Frau
Caspel aus Breslau, die Kaufleute Kaufmann aus Berlin, Jörn
aus Bremen, Süberland aus Hannover, Neumann aus Glogau
und Weyrecht aus Oldenburg.

Gräfe's Hotel Bellevue. Die Kaufleute Hauffe aus Leipzig,
Winger und Gierath aus Berlin, Ginecke aus Magdeburg, Sof-
berg aus Posen, Postdirektor Hering aus Halle, Arzt Dr. Kurella
aus Kreuzburg und Beamter Grimmert aus Berlin.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“, vorm. Langner's Hotel.
Die Kaufleute Schröder aus Würzburg, Meyer aus Breslau,
Zuvelier Richter aus Berlin.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Eßmann und Ritter aus Ber-
lin, Levy aus Chemnitz, Landsberg aus Freystadt, Ritsche und
Wielich aus Breslau, Peters und Frau aus Berlin, Gaeßler aus
Neußeide, Gartenstein aus Aunbach, Wenzel aus Dresden, Ab-
mann aus Breslau, Desfrich aus Jurtz.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Rittergutsbesitzer v. Bloch
aus Radolitz, Apothekenbesitzer Niemierowicz aus Westpreußen,
die Kaufleute Jacobsohn aus Dresden, Gobiński aus Breslau,
Rielinski aus Bromberg, Waligowski, Gebr. Dremond und Frau
Urbanowska nebst Tochter aus Warschau.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Czapski,
Lewinski und Radisch aus Breslau, Mochol, Rosenzweig u. Schüler
aus Berlin, Lewinski aus Posen, Cohn aus Znin, Kaphan aus
Schroda, Schmidt aus Lups, Bach aus Spandau, Swinte und
Streich nebst Frau aus Wronowiz.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kauf-
leute Paprocki und Morawet aus Thorn, Spitzer aus London,
Schumann und Meland aus Breslau, Buchwald und Lewi aus
Berlin, Szumanowski aus Kallisch, Maurermeister Göbzig und Frau
aus Gelnorve, Fabrikant Spiegelberg aus Berlin, Bahmeister
Kowitko aus Steinau.

Theodor Jahn's Hotel garni. Die Kaufleute Linde und
Frau aus Bromberg, Pinner aus Heidelberg, Zworger aus Rati-
bor, Joseph, Lazarus, Barabes aus Berlin, Moses aus Landes-
hut, Berlinski aus Breslau, Kleparski aus Jnowrazlaw.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Die Kaufleute
Sommerfeld aus Sachfen, Foerder aus Gleiwitz, Freimann aus
Ussa, Jehr und Steinchen aus Berlin, Zabel aus Belenctin und
Berner aus Gnefen, Cand. phil. Wajowicz aus Heidelberg.

Handel und Verkehr.

15. Oktober. Wochenübersicht der Reichsbank vom

Aktiva.			
1) Metallbestand (der Bestand an coursfähigen deut- schen Gelde und an Gold in Barren oder aus- ländischen Münzen) das Fund sein zu 1392 Mark berechnet.	Mark 697 433 000	Zun.	19 326 000
2) Best. an Reichskassensich.	= 16 807 000	Zun.	225 000
3) do. Noten anderer Banken	= 12 209 000	Zun.	1 633 000
4) do. an Wechseln	= 632 192 000	Abn.	9 121 000
5) do. an Lombardforderung.	= 95 433 000	Abn.	10 232 000
6) do. an Effekten	= 29 261 000	Abn.	6 959 000
7) do. an sonstigen Aktiven	= 45 211 000	Zun.	6 793 000

Passiva.			
8) das Grundkapital	Mark 120 000 000	unverändert	
9) der Reservefonds	= 25 935 000	unverändert	
10) d. Betr. d. umlauf. Not.	= 1 048 322 000	Abn.	49 175 000
11) der sonst. tägl. fälligen Verbindlichkeiten	= 318 234 000	Zun.	50 187 000
12) die sonstigen Passiva	= 375 000	Abn.	35 000

Der obige Ausweis zeigt die von uns bereits vor einigen
Tagen mitgetheilten Wirkungen der Bankdiskont-Erhöhungen. Das
Wechselportefeuille hat um 9 Mill., das Lombardkonto um 10 Mill.
abgenommen und der Metallbestand eine Zunahme von 19 Mill.
erfahren. Auf Girokonto sind bei der Bank 50 Mill. eingezahlt
worden, und der Betrag der umlaufenden Noten hat um 49 Mill.
abgenommen. Die steuerfreie Notenreserve, die nach dem vorigen
Ausweise um ca. 104 Mill. überschritten war, ist nach dem neuen
Ausweise um 70 Mill. weniger, nämlich um etwa 33 Mill.
überschritten.

Marktberichte.

*** Marktbericht über Kartoffelfabrikate und Weizen-
stärke von Viktor Wermmeister. S. W. Berlin, 17. Oktober.
(Original-Bericht der „Polener Zeitung“.) Die nun erfolgte anti-
tliche Veröffentlichung der Ergebnisse der diesjährigen Kartoffelernte
gibt ein anschauliches Bild von den Verheerungen in quantitativen
wie qualitativen Beziehungen, welche die nasse Witterung aufschwerm
und niedrig gelegenen Boden verursacht hat. Im strikten Gegensatz
zu den hieraus für den Werthstand und Handel in Kartoffelfabrikaten
resultirenden Konsequenzen steht jedoch die Stagnation derselben
hier wie an allen übrigen kontinentalen Märkten und ebenso die
absolute Unbeweglichkeit der Preise der einzelnen Artikel. Von
spekulativen Unternehmungen war daher nirgends die Rede, viel-
mehr basirte der dieswöchentliche Verkehr wiederum nur auf die
Deckung des laufenden Bedarfs, so daß es sich nicht lohnt,
die Statistiken, meist lokalen Umsätze, besonders zu analysiren.
Die märkischen, schlesischen, polnischen, pommerschen, ost- und
westpreussischen Fabriken notiren: Ia. chemisch reine Kar-
toffelstärke, Gordenware, wie Ia. Mehl in gleicher Beschaffen-
heit bis 20 Prozent Wassergehalt je nach der Entfernung der
Stationen inklusive exportfähiger Emballage, disponibel M. 21,00
bis 20,50. Ia. Kartoffelstärke und Mehl ohne Garantie des Wasser-
gehalts und der chemischen Reinheit resp. mechanisch getrocknete
Qualitäten do. disponibel Mark 20,25—20, abfallende Sorten do.
M. 19,00—19,50, sekunda do. M. 17,50—18,00, tertia M. 14,50 bis
15,50. Schlammstärke M. 11—12 nom. Die mitteldeutschen Fabriken
notiren für Ia. Kartoffelstärke und Mehl disponibel M. 21,75—22.
Ab Vahn und Wapferstationen der Mark, der Spree oder Warthe
und Nege zc. bezahlte man für blaßrothe sandfreie Fabrik-Kartoffeln
M. 30,00, für rothe und Champions 29—30, für weiße M. 27—28.
Alles per 1200 kg resp. 1250 kg bei größeren Partien erste Kosten

netto Kasse. Die in Frankfurt an der Oder und im dortigen
Regierungsbezirk domizilirenden Syrup- und Stärkefabriken
bezahlen für: Rohe reingewaschene Kartoffelstärke in Küfers
Säcken bei 2 1/2 Prozent Tara bahnamtliches Verladungs-
gewicht disponibel und Oktober-Lieferung M. 11,25 netto Kasse
pr. 100 kg franko Fabrik Frankfurt a. O. — Berlin notirt: Ia.
zentrifugirte chemisch reine Kartoffelstärke, auf Herden getrocknet, mit
20 Proz. Wassergehalt disponibel Mark 21,50, Ia. Mehl M. 21,50,
superior prima Mehl C. A. K. M. 23,50, Ia. Mehl, mechanisch ge-
trocknet oder chemisch gebleichte Qualitäten do. loco M. 21,25,
Mittel- und abfall. Qualitäten M. 20,00—20,50. Sekundärstärke und
Mehl M. 18,00—19,00, IIIa 15,50—16,50. Trockene Schlammstärke
M. 12,00 nom. Alles per 100 kg brutto incl. Sack netto Kasse; prima
wasserheller Capillair- und Krystall syrup C. A. K. Exportware in
neuen eisendichten Tonnen von ca. 400 kg Inhalt disponibel und
Okt.-Nov. M. 26,50, in marktgängiger Konsistenz C. A. K. und analoge
Qualitäten disponibel u. Okt.-Nov. M. 25,50, do. prima weißer unrast-
nirter Stärkesyrup do. M. 25,00, Ia. strohgelber Stärkesyrup C. A. K.
disponibel und Okt.-Nov. M. 24,50, Ia. blonder Stärkesyrup in alten
neuen Tonnen loco M. 23,50—24, prima raffinirter Capillair-, Braun-
und Traubenzucker in Risten C. A. K. und analoge Marken disponibel
M. 25,50, Ia. weißer Stärkesyrup in Risten C. A. K. und analoge
Sorten disponibel Mark 25,00, geraspelt in Säcken beide Quali-
täten M. 1,00 per 100 kg höher, farbige Qualitäten loco und Liefe-
rung M. 23,00—24.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 19. Okt. S. M. Panzerschiff „Deutschland“,
Kommandant Kapitän zur See Oldeslop, ist am 18. d. M. in
Southampton eingetroffen und beabsichtigt am 19. d. M. mit
dem Übungsgeschwader nach Gibraltar die Reise fortzusetzen.

Berlin, 19. Oktober. S. M. Kanonenboot „Itis“,
Kommandant Korvetten-Kapitän Usher, ist am 17. Oktober in
Weihaiwei angekommen und beabsichtigt am 18. Oktober nach
Nagasaki in See zu gehen.

Berlin, 19. Oktober. Das Kreuzergeschwader, bestehend
aus S. M. Schiffen „Leipzig“, „Sophie“ und „Alexandrine“,
Geschwaderchef Kontradmiraal Valois, ist am 19. Oktober cr.
in Jervis Bey eingetroffen.

Spandau, 19. Oktober. Ein aus Bürgern gebildetes
Komitee unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Kölke hat einen
Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für Kaiser Friedrich in
Spandau erlassen.

Halle a. d. Saale, 19. Oktober. Gestern wurden in
dem benachbarten Giebichenstein unter Theilnahme der Be-
hörden und Korporationen, sowie zahlreicher Vereine und
Schulen das von dem verstorbenen Bildhauer Raffack herge-
stellte und am Klausfelsen errichtete Denkmal der Kaiser Wil-
helm I. und Friedrich feierlich enthüllt. Superintendent Bethge
hielt die Weherede. Der Feier folgte ein Festmahl in Bad
Wittekind.

Helgoland, 19. Okt. Der Schleppdampfer „Hansa“
von Geestemünde ist gestern Vormittag hier eingetroffen und
hat das sämtliche Gerath zur Ausrüstung einer Station für
Rettung Schiffbrüchiger auf Helgoland und auf der Sanddüne
bei Helgoland überbracht.

Lübeck, 19. Okt. Die Trave ist über ihre Ufer getreten;
Kanonenboote alarmiren die Bevölkerung. Auf See heftige
Stürme.

Hamburg, 19. Okt. Nach mehreren, der „Hamburgi-
schen Börsenhalle“ zugegangenen Privatdepeschen angesehenen
Glasgower Häuser sollen die Zeitungsnachrichten über die
Verendigung des Streiks der Hochofenarbeiter gänzlich unbe-
gründet sein und der Streik fortauern. Den Streikenden
werde seitens der englischen Union ein Wochenzuschuß von 10
Schilling gezahlt.

Dresden, 19. Okt. Das Kultusministerium hat mit
Genehmigung des Königs angeordnet, daß in den höheren und
den Volksschulen bereits am 25. d. Mts. anlässlich des Ge-
burtstages des GfM. Grafen Moltke eine entsprechende Feier
stattfinde.

Zur Einsegnung der Leiche des verstorbenen Justiz-
ministers Dr. v. Abeken waren der König sowie die Prinzen
Georg und Friedrich in der Wohnung erschienen; außerdem
waren fast alle Minister und viele hohe Staatswürdenträger
anwesend. Die Beisegung erfolgte unter Glockengeläute auf
dem Falkenwitzer Friedhofe.

Dresden, 19. Okt. Der feierlichen Einsegnung der
Leiche des verstorbenen Justizministers Dr. v. Abeken wohnten
auch die Prinzen Johann Georg und Max bei, ferner als
Vertreter des Reichsgerichts Dr. v. Friesleben und Dr.
Näger. Außer dem Hofprediger Dr. Voerber, welcher die
Trauerrede hielt, sprachen am Sarge auch der Kriegsminister
Graf v. Fabrice, der Direktor im Justizministerium Hensel
und der Oberlandesgerichtspräsident Degner, welche in warmen
Worten die Verdienste des Verstorbenen hervorhoben.

Wien, 19. Okt. In allen hiesigen Tramway-Kemisen,
eine ausgenommen, ist der Strike ausgebrochen. In Folge
dessen ist der Verkehr auf allen Tramwaylinien eingestellt.

Petersburg, 19. Okt. Nach dem von dem Kontrolleur
des Reichs dem Reichsrath vorgelegten Bericht über die
Rechnungen des Budgets für das Jahr 1889 weisen die
ordentlichen Einnahmen im Vergleich zu dem Voranschlag
einen Ueberschuß von 61 572 000 Rubel und die außer-
ordentlichen Einnahmen einen solchen von 53 529 000 Rubel
auf. Die ordentlichen Ausgaben haben eine Ersparniß von
3 074 000 Rubel und die außerordentlichen Ausgaben einen
Mehrbedarf von 70 751 000 Rubel ergeben. Die Gesamt-
einnahmen von 1889 überschreiten demnach die Gesamtaus-
gaben um 47 843 000 Rubel. — Wie die Zeitungen melden,
wird das Finanzministerium zur Erledigung von Erfindungen,
Kommissionen und Inkassos, die der russisch-dänische Handels-
verkehr mit sich bringt, in Kopenhagen und anderen dänischen
Städten besondere Agenturen errichten.

Mailand, 19. Okt. Nach hier vorliegenden Nachrich-
ten soll das vermißte Torpedoboot Nr. 105 mit seiner aus

achtzehn Köpfen bestehenden Mannschaft auf der Fahrt von
Gheta nach Spezia infolge einer Kesselexplosion unterge-
gangen sein.

Jara, 19. Okt. Hier und in der Umgegend ging gestern
ein Hagelwetter nieder, welches drei Stunden dauerte und die
Olivenernte total vernichtete.

Paris, 19. Okt. Wie dem „Temps“ aus Calais
gemeldet wird, haben die dortigen streikenden Tüllarbeiter
beschlossen, morgen die Arbeit nicht wieder aufzunehmen und
eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt, welche mit einem
von den Fabrikanten zu bildenden Ausschuß einen neuen
Lohnvertrag ausarbeiten soll.

Paris, 19. Okt. Dem „Matin“ zufolge wird der
Kriegsminister Freycinet demnächst einen Gesetzentwurf betreffs
Auflösung der westlichen Ringwälle von Paris in der Kam-
mer einbringen.

Wie verlautet, wird die Marineinfanterie gemäß dem
Entwurfe über die Kolonialarmee dem Kriegsministerium unter-
stellt werden.

Paris, 19. Okt. Im Anschlusse an die letzten Manöver
beauftragte der Kriegsminister den General Billot, die Ver-
theidigungswerte des Maasgebietes eingehend zu inspizieren.

Madrid, 19. Okt. Nach den aus den Provinzen hier
vorliegenden Berichten ist die Cholera in weiterer Abnahme.
Es sind bis gestern nur 15 weitere Cholerafälle vorgekommen,
von denen 5 tödtlich verliefen.

Wien, 19. Okt. Im Laufe des Tages herrschte voll-
kommene Ruhe; nirgends fanden größere Ansammlungen statt.
Die feiernden Tramway-Bediensteten benutzen vielfach den Tag
zu Ausflügen. In Folge einer Zuschrift der Polizei-Direktion
von heute richtete der Verwaltungsrath an sämtliche Be-
dienstete, welche den Dienst heute nicht antreten, die Auf-
forderung, den ihnen angewiesenen Dienst im Laufe des morgi-
gen Vormittags aufzunehmen, widrigenfalls gegen dieselben
im Sinne der neuen Dienstordnung mit sofortiger Entlassung
vorgegangen würde. Diejenigen, welche sich zum Dienst melden,
werden angewiesen, sich der neuen Dienstordnung zu unter-
werfen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Oktober 1890.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. in Cels. Grad.
18. Nachm. 2	742,3	SW mäßig	bedeckt	+ 8,5
18. Abends 9	742,5	SW leicht	heiter	+ 4,3
19. Morgs. 7	742,9	SW stürmisch	bedeckt	+ 5,3
19. Nachm. 2	745,3	N leicht	bedeckt	+ 8,6
19. Abends 9	749,8	N schwach	bedeckt	+ 6,5
20. Morgs. 7	753,0	N mäßig	bedeckt	+ 3,9

*) Vormittags Regen. *) Nachts Regen und SW stürmisch.

Am 18. Oktober Wärme-Maximum + 8,8° Cels.
Am 18. = Wärme-Minimum + 4,1° =
Am 19. = Wärme-Maximum + 9,0° =
Am 19. = Wärme-Minimum + 5,1° =

Sonnabend, den 18. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr ver-
schied sanft nach längeren Leiden mein geliebter Mann,
unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder und Onkel

S. G. Belitzer

im 86. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 21. Oktober, Vor-
mittags 11 Uhr, vom Trauerhause, Breslauerstraße 10/11
aus statt.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 18. Okt. (Schluß-Kurse.) Fest.
Lond. Wechsel 20,34, Pariser do. 80,45, Wiener do. 177,40,
Reichsanleihe 105,65, Oester. Silber 78,10, do. Papier 77,90,
do. 5proz. do. 89,60, do. 4proz. Goldr. 93,40, 1860er Loose 125,50,
4proz. ungar. Goldr. 89,60, Italiener 93,40, 1880er Russen 97,00,
11. Orientanl. 79,80, III. Orientanl. 80,20, 5proz. Spanier 76,40,
Unif. Egypter 97,00, Konvertirte Türken 18,40, 4proz. portugies.
Anleihen 60,50, 5proz. serbische Rente 87,90, Serb. Tabaksrente
88,40, 6proz. toniol. Mexikaner 93,20, Böhm. Westbahn 302 1/2,
Centr. Pacific 110,20, Franzosen 219 1/2, Galizier 178 1/2, Ost-
bairdbahn 161,80, Dess. Ludwigsb. 118,10, Lombarden 133 1/2, Lübb.
Büchener 166,80, Nordwestb. 195 1/2, Unterelb. Pr.-Akt.
Kreditaktien 271 1/2, Darmstädter Bank 159,10, Mitteld. Kreditbank
110,00, Reichsbank 143,00, Disk.-Komm. 222,40, 5proz. amort.
Rumänier 98,20, Böhm. Nordbahn 186 1/2, Dresdener Bank 159,20,
3 1/2proz. Egypter 93,00, 3proz. türk. Anleihe 81,40.
Courl Bergwerksaktien 110,70.
Privatdiskont 5 1/2 Prozent.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 271 1/2, Franzosen 219,
Galizier —, Lombarden 132 1/2, Egypter 96,90, Diskont-Kom-
mandit 221,50.

Wien, 18. Okt. (Schluß-Kurse.) Nach vorausgegangener all-
gemeiner Erholung trat schließlich Abschwächung ein auf Geschäfts-
losigkeit.
Oester. Papier 88,10, do. 5proz. do. 101,25, do. Silber-
rente 88,25, 4proz. Goldrente 107,30, do. ungar. Goldr. 101,40, 5proz.
Papierrente 99,15, 1860er Loose 138,00, Anglo-Kautr. 151,30, Vönder-
bank 230,90, Kreditaktien 307,00, Unionbank 243,00, Ung. Kredit
350,75, Wiener Bankverein 118,50, Böhm. Westbahn 302 1/2, Oest.
Eisenb. 481,00, Dux-Bodenb. —, Elbthalb. 231,50, Elbthalb.
bahn —, Nordb. 276,00, Franzosen 247,75, Galizier 201,00,
Alp. Montan-Aktien 94,40, Vönderb.-Gernowiz 229,00, Lombarden
150,10, Nordwestbahn 174,75, Pardubitzer 174,75, Tramway
Tabaktaktien 136,00, Amsterdamer 95,00, Deutsche Plätze 56,40,
Lond. Wechsel 114,75, Pariser do. 45,37 1/2, Napoleons 9,08 1/2, Markt-
noten 56,46, russ. Banknoten 1,41, Silberkup. 100,00, Böhmische
Nordbahn —, Bulgarische Anleihe —,
Türkenloose —, Lombardien —,
Privatdiskont — Prozent.

London, 17. Oktober, Abends. Preussische Consols 135,
engl. 2 1/2proz. Consols 94 1/2, russ. 4proz. Tärken 18 1/2, 4proz. Konjunkt.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder & Comp. (A. Rößler) in Bosen.